



CDU

Pressemitteilung

Medienpolitische Positionierung der CDU Deutschlands

Anlässlich der Verabschiedung der „Medienpolitischen Thesen der CDU Deutschlands“ im Medienpolitischen Expertenkreis der CDU Deutschlands erklärt der Vorsitzende, Ministerpräsident Günther H. Oettinger: „In den nächsten Jahren stehen in der Medienpolitik weitere wichtige Entscheidungen an. Die medienpolitischen Thesen beziehen hier Position und sind damit Wegweiser für die Medienpolitik der CDU Deutschlands im nächsten Jahrzehnt.“

Die Thesen beziehen unter anderem Position zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Welt, zum dualen System insgesamt, zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zur Digitalisierung der Übertragungswege, zur Presselandschaft, zum Internet, zum Konzentrationsrecht sowie zur europäischen Kultur- und Medienpolitik. Oettinger: „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den privatwirtschaftlich organisierten Medien ermöglichen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und Synergien nutzbar zu machen. Es ist eine Reform des Medienkonzentrationsrechts und des Kartellrechts anzustreben, die sich am Ziel der Sicherung der Meinungsvielfalt orientiert, die Marktentwicklungen berücksichtigt und deutsche Medienanbieter nicht benachteiligt. Weitere Werbebeschränkungen und -verbote sind auf nationaler und europäischer Ebene abzulehnen.“

Gleichwohl gilt es die Besonderheiten beider Säulen im dualen System zu wahren und den aktuellen Entwicklungen anzupassen. Die CDU Deutschlands setzt sich für einen starken, qualitativ anspruchsvollen und vielfältigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Oettinger: „Es gilt den besonderen Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf der Grundlage des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages fortlaufend zu konkretisieren. Aus Sicht der

CDU muss auch in Zukunft das Markenzeichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die Qualität sein. Die Rundfunkanstalten werden aufgefordert, Qualitätskriterien für ihre Programme unter Einbeziehung der Gremien transparent zu entwickeln und die Einhaltung der Kriterien in der Umsetzung zu überprüfen.

Ein weiterer zentraler Eckpunkt des Thesenpapiers beschäftigt sich mit der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die derzeit auf dem Prüfstand steht. Oettinger: „Aufgrund der Konvergenz der Geräte ist das Gerät als Anknüpfungspunkt für eine Zahlungspflicht immer weniger geeignet. Eine Reform des derzeitigen Gebührenmodells ist daher dringend erforderlich. Die CDU Deutschlands setzt sich für ein Haushaltsmodell für den privaten Bereich ein. Für den nicht-privaten Bereich können Staffellösungen, zum Beispiel nach Größe oder Leistungsfähigkeit des Unternehmens die derzeitige Regelung ablösen.“ Im Zuge der Neuordnung der Gebührenfinanzierung müsse auch über die Aufgaben und Aufgabenwahrung der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) nachgedacht werden, sagte Oettinger.